

Verlässliche Information und Informationsintegrität für eine resiliente liberale Demokratie

Inhaltsverzeichnis

Einleitung: Resiliente liberale Demokratie braucht wirksame Kontrolle	3
Informationsintegrität als Voraussetzung demokratischer Selbstbestimmung und Kontrolle	4
– Mündige Bürger:innen und informierte politische Entscheidungsträger:innen – Schutz der freien Willensbildung vor Manipulation und Täuschung – Journalismus als demokratische Infrastruktur – Warum Pluralismus notwendig ist – Journalistische Freiheit muss auch materiell abgesichert werden – Der europäische Ansatz: vom Kampf gegen Desinformation zur Informationsintegrität – Von der Abwehr zur demokratischen Resilienz	
Österreich 2029: Informationsintegrität als demokratische Schutzinfrastruktur	9
Wie Autokratisierung vorangetrieben und Kontrolle ausgeschaltet wird	10
Zusammenfassung der Antworten auf die vier Leitfragen	12
1. Welche Änderungen sind erforderlich, um den ORF als unabhängige demokratische Infrastruktur und seinen gemeinwohlorientierten Auftrag abzusichern? 2. Welche Regeln, Institutionen und Kompetenzen braucht Österreich gegen Desinformation, Plattformlogik, KI-Manipulation und Angriffe auf Journalist:innen? 3. Wie müssen Medienförderung und staatliche Öffentlichkeitsarbeit geregelt werden? 4. Wie kann Politik transparenter, verständlicher und kontrollierbarer werden?	
Stresstest Informationsintegrität: Wo ist die liberale Demokratie verwundbar?	23
1. Unabhängiger öffentlich-rechtlicher Rundfunk 2. Unabhängiger und pluralistischer Journalismus 3. Staatliche Einflussnahme auf Medien 4. Plattformen, Algorithmen und digitale Informationsordnung 5. KI, synthetische Inhalte und Authentizität 6. Schutz von Journalist:innen und Rechtsdurchsetzung 7. Medien-, Informations- und Nachrichtenkompetenz 8. Transparenter Staat und nachvollziehbare Politik 9. Digitale Souveränität und europäische Informationsinfrastruktur – Die gefährlichste Kombination: Wenn mehrere Sicherungen gleichzeitig versagen – Was der Stresstest für Demokratie, Rechtsstaat und Rechte zeigt	
Zielkorridor und Leitplanken für eine resiliente Informationsinfrastruktur	31
1. Zielrichtung 2. Politische Leitplanken 3. Der übergreifende politische Maßstab	

Methode und Grundlage der Ausarbeitung

Der Bericht verbindet **wissenschaftliche Grundlagen mit einer strukturierten fachlichen Diskussion über die österreichische Praxis**. Die wissenschaftliche Grundlage bildet das Dossier „*Demokratische Resilienz – Wie Demokratien überleben*“ des Netzwerks Chance Demokratie. Es beruht auf einer von Klaudia Wegschaider, PhD für die Lehrveranstaltung „*Democratic Resilience – How Democracies Survive*“ an der Universität Wien im Wintersemester 2025/26 zusammengestellten Literaturliste. https://www.chancedemokratie.net/files/ugd/13a075_8b694fcd0c4e4f94a83089067301beb2.pdf

Die **österreichischen Defizite, Gefahren, Handlungsoptionen und Reformvorschläge** wurden insbesondere in Online-Diskussionen mit Expert:innen, Wissenschaftler:innen, Politiker:innen und Mitgliedern des Netzwerks Chance Demokratie erarbeitet. Die Diskussion „*Verlässliche Information – Information Integrity*“ fand vom 24. Juni bis 7. August 2026 statt. Für die Diskussion galt die Chatham-House-Regel. Ziel war es, Leitplanken für eine demokratiepolitisch verantwortliche Medien- und Informationspolitik zu entwickeln und bestehende Reformvorhaben aus der Perspektive demokratischer Resilienz zu prüfen.

Im Mittelpunkt standen vier Fragenkomplexe:

1. **ORF und öffentlich-rechtliche Information:** Welche Änderungen sind notwendig, um den ORF als unabhängige demokratische Infrastruktur und seinen gemeinwohlorientierten Auftrag abzusichern – insbesondere hinsichtlich Staatsferne und Pluralität der Aufsichtsgremien, Finanzierung und digitaler Transformation?
2. **Desinformation und Manipulation:** Welche Regeln, Institutionen und Kompetenzen braucht Österreich, um Desinformation, Plattformlogik, KI-Manipulation und Angriffen auf Journalist:innen wirksam zu begegnen?
3. **Unabhängiger und pluralistischer Journalismus:** Wie müssen Medienförderung und staatliche Öffentlichkeitsarbeit gestaltet werden, damit Bürger:innen Zugang zu unabhängiger, verlässlicher und vielfältiger Information haben, journalistische Qualität gestärkt und politische Abhängigkeiten sowie staatliche Einflussnahme vermieden werden?
4. **Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Politik:** Wie kann Politik transparenter, verständlicher und kontrollierbarer werden, damit politische Entscheidungen und ihre Grundlagen besser nachvollzogen werden können und öffentliche Debatten weniger anfällig für Misstrauen, Skandalisierung und Desinformation sind?

Der Bericht führt damit **wissenschaftliche Erkenntnisse über die Bedingungen resilienter liberaler Demokratie mit den von den Beteiligten identifizierten österreichischen Problemlagen und Reformoptionen zusammen**. Die wissenschaftlichen Grundlagen liefern den analytischen Rahmen; die Online-Diskussionen konkretisieren die Fragen, Risiken und möglichen Maßnahmen für Österreich.

Impressum

Autor und für den Inhalt verantwortlich: Andreas Kovar

Medieninhaber und Herausgeber: Netzwerk Chance Demokratie, Dorotheergasse 7, 1010 Wien

Kontakt: office@chancedemokratie.net

Veröffentlichung: August 2026

Einleitung: Resiliente liberale Demokratien brauchen wirksame Kontrollen

Eine resiliente liberale Demokratie ist mehr als eine Demokratie, in der regelmäßig gewählt wird. Sie beruht auf **begrenzter Macht, Rechtsstaatlichkeit, Grundrechten, Gleichheit vor dem Gesetz sowie wirksamer parlamentarischer, gerichtlicher und öffentlicher Kontrolle**. Ihre Widerstandsfähigkeit zeigt sich daran, dass diese Sicherungen auch dann funktionieren, wenn politische Mehrheiten oder mächtige Akteure versucht sind, ihre Handlungsspielräume auszuweiten. Demokratie bleibt resilient, wenn Macht kontrollierbar bleibt und die Bedingungen fairer politischer Konkurrenz und gleicher Rechte dauerhaft geschützt werden.

Kontrolle setzt **verlässliche, unabhängige und überprüfbare Information** voraus.

Parlamentarier:innen, Justiz, Bürger:innen, Journalist:innen und Wissenschaft können Machtmissbrauch, Fehlentwicklungen und die Verwendung öffentlicher Mittel nur erkennen, bewerten und gegebenenfalls sanktionieren, wenn relevante Informationen zugänglich sind. Deshalb sind unabhängige Medien, freie Wissenschaft, Informationsfreiheit, transparente Entscheidungsgrundlagen und eine offene Öffentlichkeit demokratische Schutzinfrastruktur.

Gerade deshalb geraten diese Kontroll- und Informationsstrukturen früh unter Druck, wenn Macht konzentriert oder die liberale Demokratie eingeschränkt werden soll. Demokratische Erosion beginnt häufig nicht mit der Abschaffung von Wahlen, sondern mit der **Schwächung von Medien und Zivilgesellschaft, der Delegitimierung unabhängiger Institutionen, der Einschränkung von Informations- und Kontrollrechten und schließlich dem Angriff auf Gerichte und Parlamente**.

Werden diese Sicherungen geschwächt, verlieren Bürger:innen und Institutionen zunehmend die Fähigkeit, Machtmissbrauch rechtzeitig zu erkennen und ihm entgegenzutreten.

Informationsintegrität als Voraussetzung demokratischer Selbstbestimmung und Kontrolle

Eine liberale Demokratie setzt voraus, dass Menschen ihre politischen Urteile selbst bilden können. Das Wahlrecht allein genügt dafür nicht. Bürger:innen müssen Zugang zu verlässlichen, unabhängigen und überprüfbaren Informationen haben, Behauptungen einordnen, unterschiedliche Argumente gegeneinander abwägen und politische Entscheidungen beurteilen können. Die Möglichkeit, sich eine eigene Meinung zu bilden, ist deshalb nicht nur Ausdruck individueller Freiheit. Sie ist eine Voraussetzung politischer Selbstbestimmung und politischer Gleichheit. Wenn verlässliches Wissen nur bestimmten Gruppen zugänglich ist oder wenn Bürger:innen systematisch getäuscht und manipuliert werden, sind auch die Voraussetzungen demokratischer Teilhabe ungleich verteilt.

Dabei verlangt eine liberale Demokratie keine einheitliche politische Meinung und keine staatlich festgelegte Wahrheit. Politischer Streit über Interessen, Werte, Prioritäten und Lösungswege gehört zu ihrem Wesen. Er braucht jedoch eine hinreichend gemeinsame Tatsachengrundlage. Wenn gesellschaftliche Gruppen nicht mehr unterschiedliche Schlussfolgerungen aus denselben überprüfbaren Tatsachen ziehen, sondern zunehmend in voneinander getrennten Wirklichkeiten leben, wird demokratische Auseinandersetzung erheblich erschwert. Die demokratische Aufgabe besteht daher nicht darin, Wahrheit politisch festzulegen, sondern offene Bedingungen zu sichern, unter denen Aussagen überprüft, kritisiert, korrigiert und mit anderen Erkenntnissen konfrontiert werden können. Dafür sind unabhängiger Journalismus, freie Wissenschaft, pluralistische Informationsangebote, transparente staatliche Informationen und offene öffentliche Debatten unverzichtbar.

Mündige Bürger:innen und informierte politische Entscheidungsträger:innen

Im Zentrum einer resilienten Demokratie stehen mündige Bürger:innen. Sie müssen nicht jede Information selbst recherchieren oder wissenschaftlich überprüfen können. Sie müssen aber grundsätzlich beurteilen können, woher Informationen stammen, wie belastbar sie sind, welche Interessen hinter ihnen stehen und wo zwischen Tatsachen, Bewertungen, Werbung, Propaganda und politischer Kommunikation unterschieden werden muss. Medien-, Informations- und Wissenschaftskompetenz sind deshalb Bestandteil demokratischer Infrastruktur.

Diese Anforderung gilt ebenso für Menschen, die politische und rechtliche Verantwortung tragen. Parlamentarier:innen, Regierungsmitglieder, Verwaltung, Justiz und andere Entscheidungsträger:innen benötigen verlässliche Daten, unabhängige Analysen, wissenschaftliche Erkenntnisse und nachvollziehbare Entscheidungsgrundlagen. Ohne sie steigt die Gefahr, dass Entscheidungen von kurzfristigen politischen Interessen, Vermutungen, Stimmungen oder gezielter Einflussnahme bestimmt werden. Informierte politische Entscheidungsträger:innen sind deshalb ebenso Teil demokratischer Informationsresilienz wie informierte Bürger:innen.

Die im Projekt ausgewerteten wissenschaftlichen Arbeiten zur demokratischen Resilienz zeigen darüber hinaus, dass demokratische Kontrolle nur wirksam sein kann, wenn Informationen tatsächlich verfügbar sind. Dossier „**Demokratische Resilienz – Wie Demokratien überleben**“ https://www.chancedemokratie.net/files/ugd/13a075_8b694fcd0c4e4f94a83089067301beb2.pdf Parlamente benötigen Informations- und Kontrollrechte, Gerichte brauchen nachvollziehbare Sachverhalte, Medien benötigen Zugang zu staatlichen Informationen, und Bürger:innen müssen

Machtmissbrauch erkennen können. Liberale Demokratie ist damit nicht nur ein System der Wahl von Regierungen, sondern ein System **begrenzter und kontrollierbarer Macht**.

Schutz der freien Willensbildung vor Manipulation und Täuschung

Freie Meinungsbildung setzt nicht voraus, dass Menschen vor jeder falschen Behauptung geschützt werden. Sie setzt aber voraus, dass politische Willensbildung nicht systematisch durch Täuschung, verdeckte Einflussnahme oder manipulierte Informationsbedingungen verzerrt wird.

Die digitale Öffentlichkeit verschärft dieses Problem. Algorithmen können emotionalisierende, polarisierende oder irreführende Inhalte bevorzugen. Plattformen beeinflussen damit, welche Themen sichtbar werden, welche Informationen Reichweite erhalten und welche politischen Akteure Aufmerksamkeit gewinnen. Gleichzeitig erleichtern digitale Technologien koordinierte Desinformation, künstliche Reichweitenverstärkung, anonyme oder verschleierte politische Kommunikation, Deepfakes und andere Formen manipulierter Inhalte. Fragmentierte Informationsräume können so dazu führen, dass nicht nur Vertrauen in einzelne Medien verloren geht, sondern auch das Vertrauen in gemeinsame Verfahren zur Feststellung von Tatsachen.

Schutz vor Manipulation bedeutet deshalb nicht, kontroverse Meinungen einzuschränken. Es bedeutet, **Manipulationsmechanismen sichtbar und überprüfbar zu machen**: Wer kommuniziert? Wer finanziert politische Werbung? Warum wird einem bestimmten Publikum eine Botschaft gezeigt? Ist ein Inhalt künstlich erzeugt oder verändert worden? Handelt es sich um authentische politische Kommunikation oder um koordinierte und verschleierte Einflussnahme?

Genau diese Unterscheidung ist entscheidend. Informationsintegrität muss die freie Auseinandersetzung schützen, nicht sie ersetzen.

Journalismus als demokratische Infrastruktur

Journalismus nimmt in diesem System eine besondere Stellung ein. Er beschafft Informationen, überprüft Behauptungen, ordnet Ereignisse ein, macht komplexe Zusammenhänge verständlich und konfrontiert öffentliche und private Macht mit unabhängiger Beobachtung. Seine demokratische Funktion besteht daher nicht nur darin, Nachrichten bereitzustellen. Journalismus schafft Voraussetzungen dafür, dass Bürger:innen politische Entscheidungen beurteilen und dass Parlamente, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit Verantwortliche zur Rechenschaft ziehen können.

Die wissenschaftlichen Arbeiten, die im Projekt zur demokratischen Resilienz ausgewertet wurden, beschreiben freie Medien und Zivilgesellschaft deshalb als **diagonale Sicherungen der Demokratie**. Sie machen Machtmissbrauch sichtbar und ermöglichen gesellschaftliche Reaktion, bevor andere Kontrollinstitutionen bereits geschwächt sind. Gerade deshalb geraten Medien in Prozessen demokratischer Erosion häufig früh unter Druck. Die Veränderung des Informationsraums kann der Schwächung von Gerichten, Parlamenten oder schließlich auch fairen Wahlen vorausgehen.

Journalistische Freiheit ist damit keine Sonderbegünstigung einer Berufsgruppe. Sie schützt eine Kontrollfunktion, auf die die gesamte demokratische Ordnung angewiesen ist.

Warum Pluralismus notwendig ist

Diese Funktion kann nicht von einer einzigen Institution oder einem einzelnen Medium erfüllt werden. Informationsintegrität verlangt Pluralismus. Unterschiedliche unabhängige Redaktionen, private und öffentlich-rechtliche Angebote, lokale und regionale Medien, investigative Formate, Fachjournalismus und unterschiedliche publizistische Perspektiven bilden gemeinsam eine belastbarere Informationsordnung.

Pluralismus bedeutet dabei nicht, dass jede Behauptung journalistisch gleichwertig behandelt werden muss. Die Aufgabe professionellen Journalismus besteht gerade darin, Informationen nach nachvollziehbaren Standards zu prüfen. Pluralismus bedeutet vielmehr, dass keine Regierung, Partei, wirtschaftliche Interessengruppe, Plattform oder einzelne Medienorganisation die Möglichkeit erhält, den Informationsraum zu beherrschen.

Besonders wichtig ist deshalb die Erhaltung lokalen und regionalen Journalismus. Wo Redaktionen verschwinden, werden politische und wirtschaftliche Entscheidungen vor Ort weniger beobachtet. Es entstehen Lücken demokratischer Kontrolle. Ebenso erfüllen unabhängig organisierte öffentlich-rechtliche Medien eine besondere Funktion, weil sie journalistische Angebote bereitstellen können, die nicht vollständig von Werbung, Reichweite oder anderen kommerziellen Anreizen abhängen.

Journalistische Freiheit muss auch materiell abgesichert werden

Formale Pressefreiheit allein reicht nicht aus. Journalismus kann rechtlich frei und faktisch dennoch abhängig sein.

Politischer Einfluss kann über Eigentumsstrukturen, Personalentscheidungen, Medienförderungen, Regierungswerbung, privilegierten Informationszugang oder die Finanzierung öffentlich-rechtlicher Medien ausgeübt werden. Wirtschaftlicher Druck entsteht, wenn tragfähige Geschäftsmodelle verschwinden und Redaktionen von wenigen großen Werbekunden oder Plattformen abhängig werden. Hinzu kommen juristische, verbale und physische Angriffe auf Journalist:innen sowie missbräuchliche Klagen, die einen Einschüchterungseffekt erzeugen können. Die im Netzwerk ausgewerteten Beiträge behandeln solche Angriffe deshalb nicht bloß als Einzelfälle, sondern als mögliche Strategie der Delegitimierung unabhängiger Kontrolle.

Die Absicherung journalistischer Unabhängigkeit verlangt daher mehrere miteinander verbundene Vorkehrungen: wirksame Presse- und Medienfreiheit, Quellenschutz und Zugang zu staatlichen Informationen; transparente Medieneigentumsverhältnisse; Schutz vor politischer Vereinnahmung und missbräuchlichen Klagen; professionelle redaktionelle Standards und nachvollziehbare Korrekturverfahren; tragfähige Rahmenbedingungen für lokalen, regionalen und investigativen Journalismus; sowie unabhängige öffentlich-rechtliche Medien.

Wo öffentliche Förderung notwendig ist, darf daraus keine politische Abhängigkeit entstehen. Das Projektmaterial spricht deshalb für eine Förderung journalistischer Leistungen anhand transparenter, objektiver und überprüfbarer Qualitätskriterien sowie für institutionell staatsferne Vergabemechanismen. Der entscheidende Maßstab ist nicht die Nähe eines Mediums zur politischen Macht und auch nicht allein seine Reichweite, sondern die Frage, ob öffentliche Mittel Unabhängigkeit, Qualität, Pluralität und demokratisch relevante journalistische Leistungen stärken.

Dasselbe gilt für öffentlich-rechtliche Medien: Öffentliche Finanzierung kann demokratische Informationsinfrastruktur ermöglichen, sie darf aber nicht zur Regierungsfinanzierung im politischen

Sinn werden. Institutionelle Unabhängigkeit, pluralistische Governance und eine vorhersehbare Finanzierung müssen zusammengedacht werden. Die im Projekt ausgewertete Resilienzforschung weist darauf hin, dass gut ausgestattete öffentliche Medien nur dann demokratisch stabilisierend wirken, wenn sie gegenüber der Regierung tatsächlich staatsfern organisiert sind.

Der europäische Ansatz: vom Kampf gegen Desinformation zur Informationsintegrität

Auf europäischer Ebene ist eine deutliche Weiterentwicklung zu erkennen. Stand zunächst die Bekämpfung einzelner Fälle von „Fake News“ oder Desinformation im Vordergrund, richtet sich die Aufmerksamkeit inzwischen auf die **Integrität des gesamten Informationsökosystems**.

Diese Verschiebung ist demokratiepolitisch bedeutsam. Sie nimmt nicht nur problematische Inhalte in den Blick, sondern auch die Strukturen, durch die Informationen erzeugt, finanziert, verbreitet, verstärkt oder unterdrückt werden. In der europäischen Diskussion stehen derzeit insbesondere folgende Bereiche im Zentrum:

Digitale Plattformen und systemische Risiken. Der Digital Services Act richtet den Blick auf die Verantwortung sehr großer Plattformen und Suchmaschinen für Risiken für gesellschaftliche Debatten, Grundrechte und Wahlen. Relevant sind damit nicht nur einzelne Inhalte, sondern auch Empfehlungssysteme, algorithmische Verstärkung und Plattformarchitekturen.

Künstliche Intelligenz und synthetische Inhalte. Mit generativer KI wächst die Möglichkeit, täuschend echte Texte, Bilder, Stimmen und Videos zu erzeugen. Transparenz über KI-generierte oder manipulierte Inhalte und die Nachvollziehbarkeit ihrer Herkunft werden deshalb zu einem zentralen Bestandteil von Informationsintegrität.

Transparenz politischer Kommunikation. Bürger:innen sollen erkennen können, wer politische Werbung bezahlt, an welche Gruppen sie gerichtet wird und welche Interessen hinter einer Kommunikation stehen. Der Schutz freier politischer Kommunikation wird damit mit Transparenz gegenüber verdeckter Einflussnahme verbunden.

Foreign Information Manipulation and Interference. Beim europäischen Umgang mit ausländischer Informationsmanipulation verschiebt sich die Analyse von der Frage, ob einzelne Aussagen falsch sind, hin zu Akteuren, Netzwerken, Methoden und koordinierten manipulativen Verhaltensweisen. Das verringert zugleich die Gefahr, normalen politischen Dissens mit Desinformation gleichzusetzen.

Medienfreiheit und Medienpluralismus. Der European Media Freedom Act, Anti-SLAPP-Regeln und weitere Maßnahmen behandeln unabhängige Medien zunehmend als Bestandteil demokratischer Schutzinfrastruktur. Dazu gehören auch transparente Eigentumsverhältnisse, Schutz öffentlich-rechtlicher Unabhängigkeit und Regeln für staatlichen Einfluss.

Unabhängige Forschung und Fact-Checking. Einrichtungen und Netzwerke wie EDMO sowie ein verbesserter Zugang zu Plattformdaten sollen ermöglichen, Manipulationsmechanismen unabhängig zu untersuchen. Informationsintegrität braucht demnach nicht nur Behörden, sondern eine eigenständige Forschungs-, Monitoring- und Wissensinfrastruktur.

Medien- und Informationskompetenz. Die europäische Politik setzt zugleich stärker auf gesellschaftliche Resilienz. Bürger:innen sollen nicht nur vor einzelnen gefährlichen Inhalten geschützt werden, sondern lernen, Quellen, Interessen, journalistische Verfahren, Plattformlogiken und KI-basierte Manipulation selbst besser einzuschätzen.

Wahlintegrität. Transparente politische Werbung, verlässliche Wahlinformationen, Cybersecurity, Fact-Checking, Monitoring und Reaktionsmechanismen werden zunehmend gemeinsam betrachtet. Freie Wahlen setzen auch einen Informationsraum voraus, in dem politische Willensbildung nicht durch verdeckte Manipulation systematisch verzerrt wird.

Von der Abwehr zur demokratischen Resilienz

Diese Entwicklung spiegelt einen breiteren Wandel der Diskussion über resiliente liberale Demokratie wider. Demokratieschutz wird zunehmend weniger als Reaktion auf einen offenen Systembruch verstanden. Die im Projekt ausgewertete Forschung zeigt vielmehr, dass demokratische Erosion häufig **schrittweise und formal legal** verläuft. Gewählte Regierungen können Macht konzentrieren, indem sie Kontrollmechanismen nacheinander schwächen: zunächst Medien, Zivilgesellschaft und öffentliche Kritik, anschließend unabhängige Behörden, Parlamente oder Gerichte und schließlich die Bedingungen fairen politischen Wettbewerbs.

Informationsintegrität ist deshalb Bestandteil eines Frühwarn- und Schutzsystems. Wenn unabhängiger Journalismus geschwächt wird, Informationszugang eingeschränkt wird, Wissenschaft delegitimiert wird oder öffentliche Debatten in kontrollierte beziehungsweise manipulierte Informationsräume zerfallen, verliert eine Demokratie die Fähigkeit zur Selbstkorrektur.

Eine resiliente Demokratie benötigt folglich mehr als die Abwehr von Desinformation. Sie braucht **institutionelle Voraussetzungen dafür, dass Fehler und Machtmissbrauch erkannt werden können**. Dazu gehören unabhängige Gerichte und Parlamente ebenso wie freie Medien, Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Informationsfreiheit und eine kompetente Öffentlichkeit. Keine einzelne Institution kann diese Aufgabe allein erfüllen. Widerstandsfähigkeit entsteht durch das Zusammenspiel mehrerer voneinander unabhängiger Kontroll- und Informationsstrukturen.

Damit verschiebt sich auch die politische Zielsetzung. Es geht nicht mehr ausschließlich darum, einzelne falsche Meldungen zu korrigieren. Es geht darum, eine **offene, pluralistische und überprüfbare Informationsordnung** zu erhalten, innerhalb derer Bürger:innen, Journalist:innen, Wissenschaft, Parlamentarier:innen und Justiz ihre jeweiligen demokratischen Funktionen wahrnehmen können.

Der Leitgedanke ist damit einfach: **Eine liberale Demokratie braucht keine politisch definierte Wahrheit. Sie braucht die Freiheit und die institutionellen Voraussetzungen, Wahrheit suchen, Behauptungen überprüfen, Täuschung erkennen und Macht kontrollieren zu können.** Genau diese Fähigkeit macht ihre Informationsordnung – und damit die Demokratie selbst – resilient.

Österreich 2029: Informationsintegrität als demokratische Schutzinfrastruktur

Der folgende Blick ins Jahr 2029 beschreibt ein Österreich, das seit mehreren Jahren gezielt an **Informationsintegrität und der Resilienz der liberalen Demokratie** arbeitet. Entscheidend ist nicht die Zahl der Reformen, sondern ihre Wirkung.

Macht wird besser kontrollierbar

Politische Entscheidungen, Einflussnahmen und die Verwendung öffentlicher Mittel sind transparenter geworden. Parlament, Justiz, Journalismus, Wissenschaft und Bürger:innen verfügen über bessere und voneinander unabhängige Informationsgrundlagen. Machtmissbrauch kann dadurch früher erkannt und öffentlich überprüft werden.

Bürger:innen können sich eigenständiger informieren

Unterschiedliche journalistische Angebote, zugängliche staatliche Informationen und eine bessere Nachvollziehbarkeit der Herkunft von Informationen erleichtern eigenständige Urteilsbildung. Niemand ist auf staatliche Information, ein einzelnes Medium oder eine Plattform angewiesen. **Pluralismus bedeutet dabei nicht Beliebigkeit: Meinungen können unterschiedlich sein, Tatsachen müssen überprüfbar bleiben.**

Journalismus bleibt eine wirksame Kontrollinstanz

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk, private und gemeinnützige Medien, Lokaljournalismus und investigative Redaktionen bilden voneinander unabhängige Kontrollpunkte. Dadurch wird es schwieriger, den Informationsraum politisch oder wirtschaftlich zu dominieren. Journalist:innen können ihre Aufgabe, Macht zu kontrollieren und Missstände sichtbar zu machen, besser erfüllen.

Manipulation verliert an Wirkung

Desinformation und Täuschung sind nicht verschwunden. Ihre Wirkungsmöglichkeiten sind jedoch geringer. Herkunft und Verbreitung von Informationen sind besser nachvollziehbar, Manipulationsmuster leichter erkennbar und mehr Menschen verstehen, wie Plattformen, Algorithmen und KI den Informationsraum beeinflussen. Das Ziel ist nicht, Bürger:innen vor jeder falschen Aussage zu schützen, sondern sie **besser zur eigenen Beurteilung zu befähigen.**

Eine resilientere liberale Demokratie

Der wichtigste Fortschritt liegt darin, dass die demokratische Kontrolle **nicht von einer einzelnen Institution abhängt.** Medien, Parlament, Justiz, Wissenschaft, Informationsrechte und eine informierte Öffentlichkeit wirken als gegenseitige Sicherungen.

Damit ist Österreich 2029 nicht frei von Konflikten oder Manipulationsversuchen. Es ist aber besser in der Lage, **Machtmissbrauch, Täuschung und demokratische Erosion früh zu erkennen, öffentlich zu machen und zu korrigieren, bevor daraus dauerhafte Machtkonzentration entsteht.**

Wie Autokratisierung vorangetrieben und Kontrolle ausgeschaltet wird

Die im Dossier ausgewerteten Studien beschreiben Autokratisierung heute überwiegend **nicht als plötzlichen Bruch mit der Demokratie, sondern als schrittweisen Umbau innerhalb formal demokratischer Verfahren**. Gewählte Regierungen nutzen Mehrheiten, Gesetze, Verfassungsänderungen, Verwaltungsentscheidungen, Personalpolitik oder Notstandsrechte, um ihre Handlungsspielräume auszuweiten und Gegengewichte zu schwächen. Bermeo beschreibt dieses Muster als *executive aggrandizement*, Scheppele als *autokratischen Legalismus*: Der Abbau der liberalen Demokratie erfolgt nicht unbedingt gegen das Recht, sondern häufig mit den Mitteln des Rechts. Einzelne Maßnahmen können dabei wie normale Reformen, Effizienzsteigerungen oder technische Änderungen erscheinen; ihre demokratiegefährdende Wirkung zeigt sich oft erst in der Summe.

Ein wiederkehrendes Muster ist die **schrittweise Ausschaltung unterschiedlicher Ebenen der Kontrolle**. Die Forschung unterscheidet dabei diagonale, horizontale und vertikale Sicherungen. Zu den diagonalen Sicherungen gehören freie Medien, Zivilgesellschaft, Meinungs- und Vereinigungsfreiheit. Sie geraten häufig zuerst unter Druck – etwa durch Delegitimierung, wirtschaftliche Schwächung, regulatorische Eingriffe, Einschüchterung oder Mediacapture. Damit wird es für Bürger:innen schwieriger, Machtmissbrauch überhaupt zu erkennen und öffentlich zu thematisieren. Die Veränderung des Informations- und Kritikraums kann daher eine frühe Phase der Autokratisierung sein.

Danach können **horizontale Kontrollen** geschwächt werden: Parlamente, Gerichte, Staatsanwaltschaften oder unabhängige Behörden. Die Studien beschreiben hierfür Eingriffe in Ernennungsverfahren, Zuständigkeiten, Amtszeiten, Disziplinarregeln und Budgets. Gerichte können zugleich politisch delegitimiert werden, indem ihre Kontrollfunktion als Behinderung des demokratisch legitimierten „Volkswillens“ dargestellt wird. Parlamente können durch exekutive Dominanz, eingeschränkte Informationsrechte oder strategische Obstruktion an Kontrollfähigkeit verlieren. Gerade weil diese Veränderungen häufig formal legal vorgenommen werden, ist die Grenze zwischen gewöhnlicher institutioneller Reform und systematischer Machtkonzentration nicht immer sofort sichtbar.

Schließlich können auch die **vertikalen Sicherungen – insbesondere freie und faire politische Konkurrenz und Wahlen – verzerrt werden**. Die Literatur nennt Veränderungen von Wahlrecht, Wahlkreisen, Wahladministration oder Zugangsvoraussetzungen, die einzelne politische Kräfte strukturell begünstigen können. Wahlen müssen dabei nicht abgeschafft werden. Elektorale Autokratien können weiterhin Mehrparteienwahlen durchführen, obwohl Medienfreiheit, Opposition, Rechtsstaatlichkeit oder faire Wettbewerbsbedingungen bereits erheblich eingeschränkt sind. Autokratisierung kann somit gerade dadurch stabilisiert werden, dass demokratische Legitimation formal erhalten bleibt, während die Voraussetzungen wirklicher Machtablösung zunehmend geschwächt werden.

Ein weiteres Element ist die **Delegitimierung der Kontrollierenden selbst**. Medien, Gerichte, NGOs, Wissenschaft oder Opposition werden als parteiisch, korrupt, elitär, fremdgesteuert oder staatsfeindlich dargestellt. Dadurch kann die gesellschaftliche Bereitschaft sinken, ihre Unabhängigkeit zu verteidigen. Polarisierung und starke politische Lagerbindung verstärken dieses Problem: Studien zeigen, dass Bürger:innen demokratische Normverletzungen eher hinnehmen

können, wenn sie von der eigenen politischen Seite ausgehen. Kontrolle wird dann nicht mehr als allgemeine demokratische Sicherung verstanden, sondern als Machtinstrument des gegnerischen Lagers.

Die Forschung macht deshalb deutlich, dass demokratische Erosion **als Zusammenhang mehrerer Schritte** beobachtet werden muss: weniger unabhängige Information, weniger öffentliche Kontrolle, schwächere Gerichte und Parlamente, zunehmende Machtkonzentration und schließlich verzerrte politische Konkurrenz. Entscheidend ist nicht nur, ob jede einzelne Maßnahme für sich rechtlich vertretbar erscheint, sondern ob ihre kumulative Wirkung zu **weniger Kontrolle, weniger Pluralismus, weniger Rechtsbindung und weniger fairer Konkurrenz** führt.

Dagegen hilft vor allem frühe Prävention: unabhängige Medien und Zivilgesellschaft schützen, Parlamente und Gerichte mit robusten Kontroll- und Informationsrechten ausstatten, transparente und unabhängige Ernennungs- und Finanzierungsstrukturen sichern, Wahlregeln vor parteipolitischer Manipulation schützen und demokratische Angriffe früh als Muster erkennen. Die zentrale Schlussfolgerung der Studien lautet: **Je früher Machtbegrenzung gesichert wird, desto größer ist die demokratische Resilienz; ist Autokratisierung bereits weit fortgeschritten, wird ihre Umkehr erheblich schwieriger.**

Zusammenfassung der Antworten auf die vier Leitfragen

Die Beiträge in der Online-Diskussion folgen einem gemeinsamen Grundgedanken:

Informationsintegrität ist demokratische Infrastruktur. Bürger:innen müssen Zugang zu unabhängiger, verlässlicher und vielfältiger Information haben, damit sie sich selbst ein Urteil bilden können. Journalist:innen müssen Macht unabhängig kontrollieren können; Politik, Parlament und Justiz brauchen belastbare Informationsgrundlagen. Der Staat soll dabei nicht bestimmen, was als Wahrheit gilt. Seine Aufgabe besteht darin, Bedingungen zu schaffen, unter denen unabhängiger Journalismus, überprüfbare Information, Pluralismus, Transparenz und wirksame öffentliche Kontrolle bestehen können.

1. Welche Änderungen sind erforderlich, um den ORF als unabhängige demokratische Infrastruktur und seinen gemeinwohlorientierten Auftrag abzusichern?

Der Ausgangspunkt: Der ORF ist demokratische Infrastruktur

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird in den Beiträgen nicht primär als gewöhnliches Medienunternehmen verstanden. Er erfüllt einen öffentlichen Auftrag im Interesse der Allgemeinheit und soll gerade dort verlässliche Information bereitstellen, wo kommerzielle Markt- und Aufmerksamkeitslogiken dafür keine ausreichende Gewähr bieten.

Seine Unabhängigkeit ist daher kein Privileg des ORF oder seiner Mitarbeiter:innen, sondern eine Voraussetzung dafür, dass Journalist:innen ihren öffentlichen Auftrag ohne politische oder wirtschaftliche Einflussnahme erfüllen können. Der ORF soll von der Allgemeinheit finanziert und gegenüber der Allgemeinheit verantwortlich sein, nicht gegenüber einer Regierung, einer Partei oder einzelnen wirtschaftlichen Interessen.

Daraus ergeben sich vier zentrale Reformbereiche: **Governance, Bestellung des Managements, Finanzierung und digitale Handlungsfähigkeit.**

Governance: politischen Durchgriff strukturell erschweren

Das zentrale Problem wird in der politischen Einflussmöglichkeit auf die Aufsichtsgremien gesehen. Eine bloße gesetzliche Erklärung der Unabhängigkeit reicht nicht aus, wenn Regierung und Parteien über die personelle Zusammensetzung der Gremien wesentlichen Einfluss auf die Willensbildung des Unternehmens behalten.

Stiftungsrat und Publikumsrat sollen deshalb nach transparenten, objektiven und überprüfbaren Verfahren bestellt werden. Vorgeschlagen werden öffentliche Auswahlverfahren und Hearings, veröffentlichte Qualifikationskriterien, nachvollziehbare Begründungen der Bestellungen, strengere Unvereinbarkeitsregeln und Cooling-off-Perioden. Auch eine vorzeitige Abberufung soll nur aufgrund gesetzlich klar definierter Gründe möglich sein.

Für den **Stiftungsrat** wird eine stärkere Professionalisierung vorgeschlagen. Er soll in erster Linie die geschäftliche Aufsicht wahrnehmen. Dafür werden nachweisbare Kompetenzen etwa in Medien, Recht, Technologie, Betriebswirtschaft, Controlling und Digitalisierung benötigt. Seine Mitglieder müssen genügend Zeit und eine ausreichende Mandatsdauer haben, um diese Aufgabe tatsächlich erfüllen zu können.

Der **Publikumsrat** soll dagegen die gesellschaftliche Vielfalt repräsentieren und stärker für programmatische und gesellschaftliche Fragen zuständig sein. Für seine Zusammensetzung werden verschiedene Modelle vorgeschlagen: Nominierungsrechte für Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Kultur und journalistische Organisationen, gewählte Publikumsvertreter:innen, gesellschaftlich repräsentative Auswahlverfahren oder qualifizierte Losverfahren.

Bei Losverfahren besteht in den Beiträgen kein Konsens. Während sie einerseits als Möglichkeit gesehen werden, parteipolitischen Zugriff zu reduzieren und gesellschaftliche Repräsentation zu verbessern, wird andererseits davor gewarnt, komplexe geschäftliche Aufsichtsfunktionen zufällig ausgewählten Personen ohne entsprechende Qualifikation zu übertragen. Der gemeinsame Nenner ist daher nicht ein bestimmtes Bestellungsmodell, sondern die Verbindung von **Pluralität, gesellschaftlicher Legitimation, Fachkompetenz und wirksamer Staats- und Parteiferne**.

Bestellung der ORF-Leitung

Auch die Bestellung des Managements soll dem direkten parteipolitischen Zugriff möglichst entzogen werden. Vorgeschlagen werden gesetzlich definierte fachliche und persönliche Anforderungen, öffentliche Ausschreibungen und Hearings, vorher veröffentlichte Auswahlkriterien samt Gewichtung sowie begründete und veröffentlichte Entscheidungen.

Als zusätzliche Sicherung wird eine Zweidrittelmehrheit bei der Bestellung von Generaldirektion, Direktionen und Landesdirektionen vorgeschlagen. Ein weiterer Vorschlag sieht eine stärkere parlamentarische Verankerung der Bestellung vor, um Opposition und unterschiedliche politische Kräfte einzubeziehen und Entscheidungen einer einzelnen Regierungsmehrheit zu erschweren.

Mehr Transparenz und Verantwortlichkeit

Staatsferne bedeutet nicht, den ORF öffentlicher Kontrolle zu entziehen. Im Gegenteil: Je unabhängiger eine öffentlich finanzierte Institution sein soll, desto nachvollziehbarer muss ihr Handeln gegenüber der Allgemeinheit sein.

Dazu werden umfassendere Transparenzpflichten vorgeschlagen: Kosten sollen konkreten Produktionen und Leistungen zugeordnet werden können, Vertragspartner und Interessenkonflikte sollen offengelegt, Protokolle der Gremien grundsätzlich veröffentlicht und Ausnahmen begründet werden. Ergänzend wird eine unabhängige publizistisch-kommunikationswissenschaftliche Beobachtung der Erfüllung des Programmauftrags vorgeschlagen.

Finanzierung: unabhängig vom politischen Tagesgeschäft

Eine jährlich neu verhandelbare oder politisch dosierbare Finanzierung wird als strukturelles Einfallstor für Einflussnahme gesehen. Die Haushaltsabgabe beziehungsweise der ORF-Beitrag wird deshalb grundsätzlich als geeignete Basis angesehen, muss aber gegen kurzfristige politische Eingriffe abgesichert werden.

Vorgeschlagen wird ein **vorhersehbarer, automatisierter und inflationsindexierter Finanzierungsmechanismus**, dessen Kriterien verfassungsrechtlich abgesichert im Voraus festgelegt werden. Die Finanzierung soll nicht über Budgetbegleitgesetze kurzfristig verändert oder mit programmatischen Bedingungen verknüpft werden können.

Darüber hinaus wird die Frage aufgeworfen, ob zentrale Regeln über Governance und Finanzierung stärker gegen Änderungen durch einfache politische Mehrheiten geschützt werden sollten. Für die europarechtliche Stabilität soll der öffentliche Auftrag klar definiert und von kommerziellen Tätigkeiten durch eine nachvollziehbare Trennungsrechnung abgegrenzt werden.

Digitale Transformation: vom Schutz vor dem ORF zum Schutz des Informationsraums

Die digitale Frage wird in mehreren Beiträgen grundlegend neu gestellt. Vorgaben wie starre Textobergrenzen, das Verhältnis von Text zu Bewegtbild, Depublikationsfristen oder aufwendige Genehmigungsverfahren für neue digitale Angebote können dazu führen, dass nicht österreichische private Medien profitieren, sondern internationale Plattformen den freiwerdenden Informationsraum übernehmen.

Der digitale Auftrag soll deshalb stärker an **publizistischer Wirkung, Qualität, Zugänglichkeit und Gemeinwohl** ausgerichtet werden als an starren Mengen- und Formatbeschränkungen. Der ORF soll digitale Wissens-, Informations- und Lernangebote entwickeln können und auch für jüngere Bevölkerungsgruppen dort erreichbar bleiben, wo politische Information zunehmend digital konsumiert wird.

Zugleich soll der ORF technologisch unabhängiger werden. Vorgeschlagen werden offene und interoperable Technologien, Open Source, dezentrale Systeme und eigene gemeinwohlorientierte digitale Werkzeuge. Kommerzielle Plattformen sollen nicht zwingend verlassen, aber stärker als zusätzliche Verbreitungswege genutzt werden, während eigene beziehungsweise öffentlich verantwortete Infrastruktur an Bedeutung gewinnt.

Auch europäische Kooperationen werden als wesentlich betrachtet. Genannt werden gemeinsame technologische Infrastruktur, Kooperationen mit österreichischen Medienhäusern – bei Wahrung der vollständigen redaktionellen Unabhängigkeit – sowie ein europäischer öffentlich-rechtlicher Media Player. Digitale Souveränität betrifft dabei nicht nur die Veröffentlichung von Inhalten, sondern auch Cloud-Dienste, Analytik, Werbetechnologie, Bezahlssysteme, KI und Distribution.

Der Kern der Antwort auf die Frage 1. nach der Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks lautet daher:

Der ORF muss so organisiert werden, dass politische Einflussnahme strukturell erschwert, seine Finanzierung vorhersehbar und unabhängig, seine gesellschaftliche Verantwortlichkeit transparent und seine digitale Handlungsfähigkeit gestärkt wird.

2. Welche Regeln, Institutionen und Kompetenzen braucht Österreich gegen Desinformation, Plattformlogik, KI-Manipulation und Angriffe auf Journalist:innen?

Nicht nur falsche Inhalte, sondern das Informationssystem betrachten

Die Teilnehmer:innen der Diskussion warnen vor einem zu engen Verständnis von Desinformation. Das Problem besteht nicht nur darin, dass einzelne falsche Behauptungen verbreitet werden.

Plattformen entscheiden durch Empfehlungssysteme, Geschäftsmodelle und Algorithmen wesentlich darüber, welche Informationen sichtbar werden und welche Reichweite erhalten.

Aufmerksamkeitsbasierte Systeme begünstigen Zuspitzung, Empörung und emotionalisierende Inhalte. Pseudo-Medien, Propaganda, interessen geleitete Kommunikation und koordinierte Desinformation können dadurch professionellen Journalismus umgehen und Parallelöffentlichkeiten schaffen.

Eine wirksame Politik muss deshalb **Inhalte, Verbreitungsmechanismen, ökonomische Anreize, Plattformmacht, technologische Infrastruktur und gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit gemeinsam betrachten.**

Plattformaufsicht von der Einzelfallbearbeitung zur Risikoaufsicht entwickeln

Mit KommAustria beziehungsweise RTR besteht bereits eine institutionelle Grundlage für die Umsetzung der europäischen Plattformregulierung. Nach den Beiträgen reicht es jedoch nicht aus, Beschwerden über einzelne illegale Inhalte zu bearbeiten.

Benötigt werden ausreichende personelle, technische und analytische Kapazitäten für systematische Risikoanalysen und Desinformationsmonitoring. Plattformen sollen transparenter machen, wie Empfehlungssysteme funktionieren, warum bestimmte Inhalte verbreitet werden und welche Risiken ihre Systeme erzeugen.

Weitere vorgeschlagene Instrumente sind Herkunfts- und Vertrauenssignale, Kennzeichnungen, Wahlmöglichkeiten für Nutzer:innen, Interoperabilität sowie Vorkehrungen gegen die diskriminierende Behandlung journalistischer Inhalte.

Auch die wirtschaftlichen Anreize sollen verändert werden. Desinformation soll nicht durch Werbeerlöse oder algorithmische Reichweite finanziell belohnt werden. Genannt werden Demonetarisierung, Begrenzung von Marktkonzentration sowie faire wirtschaftliche Bedingungen für journalistische Inhalte.

KI-Manipulation zu einem eigenen Regulierungsfeld machen

Mit generativer KI verschärft sich die Schwierigkeit, authentische und manipulierte Inhalte zu unterscheiden. Deepfakes, synthetische Stimmen und andere KI-generierte Inhalte benötigen deshalb klare Kennzeichnungs- und Transparenzregeln.

Für Österreich wird eine eindeutige institutionelle Zuständigkeit für die Durchsetzung solcher Pflichten im Medien- und Informationsbereich verlangt. Darüber hinaus werden Fragen der Quellenreferenzierung, Herkunft, Pluralität, Zustimmung und Vergütung relevant, wenn generative Systeme journalistische Inhalte verwenden.

Technische Maßnahmen können ergänzend bereits im Design digitaler Dienste ansetzen. Genannt werden Kennzeichnungen, zusätzliche Friktion bei problematischen Verbreitungsprozessen, Depriorisierung und Demonetarisierung.

Journalist:innen wirksam schützen

Angriffe auf Journalist:innen sollen nicht bloß als eine Reihe voneinander unabhängiger Konflikte behandelt werden. Verbale Delegitimierung, Online-Kampagnen, körperliche Angriffe und missbräuchliche Klagen können gemeinsam einen Einschüchterungseffekt erzeugen. Die wiederkehrende Verwendung von Kampfbegriffen gegen unabhängige Medien kann Teil einer Strategie sein, Vertrauen in Journalismus zu untergraben und Menschen in parteiische oder propagandistische Informationsräume umzuleiten.

Ein Schwerpunkt liegt daher auf einem wirksamen **Anti-SLAPP-Schutz**. Vorgeschlagen wird, nicht nur grenzüberschreitende, sondern auch rein österreichische Fälle zu erfassen und Betroffene unter anderem durch ausreichenden Kostenersatz, geeignete Beweislastregeln und eine spezialisierte Anlaufstelle zu unterstützen.

Ebenso müssen bestehende Rechte praktisch durchsetzbar sein. Als Probleme werden hohe Prozesskosten, mangelnde Kooperation von Plattformen bei Nutzerdaten oder der Entfernung rechtswidriger Inhalte sowie unzureichendes Wissen über vorhandene Rechtsbehelfe genannt.

Journalistische Qualität selbst als Schutzmechanismus stärken

Journalismus ist nicht nur ein Objekt des Schutzes, sondern selbst eine zentrale Kontrollinstanz. Investigative Recherchen können Manipulation, Datenmissbrauch, Tracking oder problematische Plattformpraktiken sichtbar machen.

Vertrauen soll dabei nicht durch bloße Vertrauenswerbung entstehen, sondern durch **nachvollziehbare journalistische Verfahren**. Vorgeschlagen werden mehr Transparenz über redaktionelle Arbeitsweisen und Prinzipien, professionelle Faktenchecks sowie eine klar erkennbare Unterscheidung von Tatsachen, Meinungen und Annahmen.

Auch Selbstregulierungsmechanismen sollen weiterentwickelt werden. Sie sollen neue journalistische Formate und digitale Akteure sowie den Umgang mit KI und Desinformation stärker einbeziehen.

Medienkompetenz als dauerhafte Infrastruktur

Ein besonders stark wiederkehrender Vorschlag ist, Medienkompetenz aus der Logik kurzfristiger Projekte herauszuführen. Sie soll institutionell dauerhaft verankert, finanziert, koordiniert und evaluiert werden.

Dabei geht es nicht nur um Kinder und Jugendliche. Auch Erwachsene sowie Entscheidungsträger:innen in Politik, Justiz, Verwaltung und Wirtschaft sollen verstehen, wie journalistische Arbeit funktioniert, wie sie sich von Werbung, Unternehmenskommunikation, Propaganda und Desinformation unterscheidet und wie Algorithmen, Plattformen und KI den Informationsraum beeinflussen.

Für Schulen wird Medienkompetenz als Querschnittsaufgabe vorgeschlagen. Darüber hinaus sollen Bibliotheken, Jugendzentren, Erwachsenenbildung, Wissenschaft und Medien einbezogen werden. Entscheidend ist eine dauerhafte Struktur, die unabhängig von wechselnden Förderprogrammen und Regierungsschwerpunkten arbeitet.

Digitale Alternativen aufbauen

Regulierung allein wird als defensiv und unzureichend betrachtet. Parallel dazu sollen europäische und gemeinwohlorientierte digitale Infrastrukturen entstehen, die weniger von wenigen internationalen Plattformunternehmen abhängig sind.

Der Kern der Antwort auf die Frage 2. nach dem Schutz vor Manipulation und Angriffe auf den Journalismus lautet:

Österreich braucht eine Kombination aus leistungsfähiger Plattform- und KI-Aufsicht, Schutz von Journalist:innen, professionellem und transparentem Journalismus, dauerhafter Medienkompetenz sowie einer schrittweisen Verringerung strategischer Abhängigkeiten von kommerziellen Plattformen.

3. Wie müssen Medienförderung und staatliche Öffentlichkeitsarbeit geregelt werden?

Öffentliche Mittel dürfen Unabhängigkeit nicht untergraben

Die Beiträge behandeln Medienförderung und Regierungswerbung ausdrücklich als zusammengehöriges Problem. Beide bedeuten finanzielle Beziehungen zwischen Staat und Medien. Wenn sie nicht transparent, regelgebunden und staatsfern organisiert sind, können sie tatsächliche oder auch nur wahrgenommene Abhängigkeiten schaffen.

Der Leitgedanke lautet deshalb: **Öffentliches Geld soll nicht politische Nähe, Wohlergehen oder bloße Reichweite belohnen, sondern journalistische Qualität, Unabhängigkeit, Pluralität und demokratisch relevante Leistungen ermöglichen.**

Von Medienförderung zu Journalismusförderung

Die vorgeschlagene Grundrichtung ist ein Wechsel von einer gattungs- und reichweitenorientierten Medienförderung zu einer **technologieneutralen Journalismusförderung**. Ob ein journalistisches Angebot in Print, Rundfunk oder digital verbreitet wird, soll weniger entscheidend sein als seine journalistische Leistung.

Als mögliche Qualitätskriterien werden unter anderem redaktionelle Unabhängigkeit, journalistische Kodizes, Redaktionsstatute, klare Trennung zwischen Werbung und Redaktion, Ombudsstellen, fest angestellte Journalist:innen, Ausbildung und Weiterbildung sowie Investitionen in Recherche genannt.

Besonders unterstützt werden sollen Leistungen, die für demokratische Öffentlichkeit wichtig, ökonomisch aber nicht zwangsläufig besonders lukrativ sind: investigative Recherche, lokale und regionale Berichterstattung, Kultur-, EU- und Auslandsberichterstattung sowie innovative journalistische Formate.

Darüber hinaus werden gemeinnütziger Journalismus, gemeinsame Infrastruktur, technologische Innovation und Kooperation zwischen Medien- und Technologieunternehmen als förderungswürdig genannt.

Die Förderinstitution selbst staatsfern gestalten

Eine neue Journalismusförderkommission kann nur dann politische Abhängigkeit reduzieren, wenn ihre eigene Governance unabhängig ist. Deshalb sollen Bestellung, Qualifikation, Amtszeit und Unvereinbarkeiten ihrer Mitglieder gesetzlich präzise geregelt werden.

Förderentscheidungen sollen anhand operationalisierbarer Kriterien getroffen, begründet, veröffentlicht und überprüfbar sein. Das soll nicht nur tatsächliche politische Einflussnahme verhindern, sondern auch den Verdacht beseitigen, Förderentscheidungen könnten politisch gesteuert sein.

Auch die Übergangsphase zu einem neuen System soll möglichst bereits denselben Grundsätzen folgen. Andernfalls besteht die Gefahr, dass alte gattungs- oder reichweitenorientierte Strukturen über Jahre fortgeführt werden, obwohl bereits ein anderes Zielsystem beschlossen wurde.

Regierungsinserate grundlegend neu ordnen

Staatliche Werbung wird als besonders problematischer Bereich beschrieben, weil große und diskretionär verteilte Budgets eine informelle Medienförderung darstellen können. Ministerien oder andere öffentliche Stellen dürfen nicht die Möglichkeit haben, über Werbeausgaben journalistisches Wohlverhalten zu belohnen oder kritische Medien wirtschaftlich zu benachteiligen.

Die Vorschläge reichen von einer weitgehenden Abschaffung von Regierungsinseraten bis zu einer sehr strengen gesetzlichen Regulierung. Gemeinsam ist ihnen, dass staatliche Kommunikation auf **notwendige, sachliche Bürgerinformation** beschränkt werden soll.

Wenn öffentliche Werbung stattfindet, sollen Inhalt, Zweck, Absender, Umfang und Vergabe transparent geregelt werden. Die Vergabe soll nach objektiven, nachvollziehbaren und diskriminierungsfreien Kriterien erfolgen; Obergrenzen für einzelne Mediengruppen werden ebenfalls vorgeschlagen.

Staatliche Öffentlichkeitsarbeit und Medienförderung dürfen dabei nicht gegensätzlichen Logiken folgen. Es wäre inkohärent, einerseits unabhängigen Qualitätsjournalismus zu fördern und andererseits über wesentlich größere Werbebudgets neue politische Abhängigkeiten zu schaffen.

Professionelle Standards stärken

Mehrere Beiträge schlagen vor, öffentliche Förderung stärker an anerkannte journalistische Selbstregulierung und Qualitätsstandards zu knüpfen. Dazu gehört die Mitgliedschaft im Presserat oder in vergleichbaren professionellen Strukturen beziehungsweise die nachweisbare Einhaltung entsprechender Standards.

Für Medien, die journalistische Mindeststandards systematisch verletzen, wird ein Ausschluss von öffentlicher Förderung vorgeschlagen. Andere Beiträge formulieren dies stärker als positiven Förderanreiz. Gemeinsam ist beiden Ansätzen die Forderung, dass öffentliche Mittel journalistische Professionalität stärken und nicht Angebote finanzieren sollen, die journalistische Regeln bewusst umgehen.

Qualitätsstandards sollen außerdem nicht bei redaktioneller Ethik enden. Auch die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Medien und Werbegebern sollen transparenter und nachvollziehbarer werden.

Zugang zu Qualitätsjournalismus verbessern

Förderpolitik kann nicht nur die Produktionsseite unterstützen. Vorgeschlagen werden auch geförderte Abonnements, Kooperationen mit Schulen und andere Modelle, die insbesondere jungen Menschen regelmäßigen Zugang zu unterschiedlichen journalistischen Angeboten ermöglichen.

Medienkompetenz und Journalismusförderung werden damit miteinander verbunden: Menschen sollen nicht nur Qualitätsjournalismus angeboten bekommen, sondern auch verstehen können, wie er entsteht und wodurch er sich von PR, Werbung, Propaganda oder bloßem Content unterscheidet.

Wirtschaftliche Abhängigkeit von Plattformen reduzieren

Die Krise journalistischer Finanzierung wird auch als Folge der Verschiebung von Werbeeinsparungen zu großen internationalen Plattformen beschrieben. Qualitätsjournalismus braucht daher faire wirtschaftliche Rahmenbedingungen gegenüber marktmächtigen Plattformen.

Genannt werden eine stärkere Diversifizierung der Einnahmequellen, faire Vergütung journalistischer Inhalte, Regeln für die Verwendung von Journalismus durch generative KI, die Begrenzung von Marktkonzentration und teilweise auch die Verwendung von Einnahmen aus der Digitalbesteuerung für Journalismus.

Medien selbst sollen zugleich ihre Abhängigkeit von einzelnen Plattformen, Werbegebern oder anderen Geldquellen verringern.

Öffentlich-rechtlichen Kernauftrag vor kommerziellem Druck schützen

Für den ORF wird zusätzlich betont, dass öffentlich-rechtliche Qualität nicht durch immer stärkere Werbe- und Quotenzwänge ausgehöhlt werden soll. Hochwertige Eigenproduktionen, Kultur und andere gemeinwohlorientierte Angebote sollen nicht davon abhängen, ob sie kommerziell maximale Reichweite erzielen.

Gleichbehandlung beim Informationszugang

Schließlich betrifft Unabhängigkeit nicht nur Geld. Auch der Zugang zu Informationen und Regierungsreisen soll allen Medien nach transparenten und gleichen Regeln offenstehen. Die gezielte Bevorzugung einzelner Medien kann ähnliche Abhängigkeiten erzeugen wie finanzielle Begünstigung.

Der Kern der Antwort auf Frage 3. nach den finanziellen Beziehungen zwischen Staat und Medien lautet:

Österreich sollte öffentliche Medienfinanzierung als ein zusammenhängendes System behandeln: qualitätsorientierte und staatsferne Journalismusförderung auf der einen Seite, streng begrenzte und transparente staatliche Öffentlichkeitsarbeit auf der anderen. Beides muss nach überprüfbaren

Regeln erfolgen und darauf ausgerichtet sein, unabhängigen und pluralistischen Journalismus zu stärken.

4. Wie kann Politik transparenter, verständlicher und kontrollierbarer werden?

Transparenz muss die gesamte Entscheidungskette erfassen

Politische Transparenz bedeutet mehr, als ein fertiges Gesetz oder einen Regierungsbeschluss zu veröffentlichen. Nachvollziehbar werden muss möglichst die gesamte Kette: **Welche Probleme und Ziele standen am Beginn? Auf welcher Informationsgrundlage wurde entschieden? Wer wurde konsultiert? Welche Interessen wurden eingebracht? Welche Alternativen wurden geprüft? Wie viel kostet eine Entscheidung? Was wurde anschließend tatsächlich erreicht?**

Ohne diese Informationen entstehen Informationslücken, in denen Misstrauen, Spekulationen und Skandalisierung leichter wachsen können.

Informationsfreiheit praktisch wirksam machen

Das Informationsfreiheitsgesetz wird als wichtiger Schritt gesehen. Entscheidend ist nun seine praktische Durchsetzung.

Studien, Gutachten, Entscheidungsgrundlagen, Positionspapiere, Prüfergebnisse und relevante Ausschussunterlagen sollen möglichst proaktiv, vollständig und maschinenlesbar veröffentlicht werden. Gleichzeitig werden Schwachstellen bei Ausnahmen, Altakten und der unterschiedlichen Behandlung kleiner Gemeinden angesprochen.

Ein Informationsrecht wird erst wirksam, wenn es durchgesetzt werden kann. Vorgeschlagen werden daher verbindliche Fristen, Konsequenzen bei ungerechtfertigter Untätigkeit, eine unabhängige Beschwerdeinstanz mit tatsächlichen Durchsetzungsrechten sowie ausreichend Ressourcen und Schulung insbesondere für kleinere Verwaltungseinheiten.

Die Umsetzung selbst soll regelmäßig überprüft werden. Ein jährlicher Transparenzbericht könnte etwa Zahl und Dauer von Anfragen, Ablehnungen und deren Gründe sichtbar machen.

Einflussnahme sichtbar machen

Informationsfreiheit über staatliche Akten zeigt noch nicht, wie Entscheidungen zustande gekommen sind. Deshalb werden eine nachvollziehbare Dokumentation der Entscheidungsgrundlagen, inklusive der von Stakeholder- und Lobbykontakten eingebrachten Materialien gefordert.

Es soll erkennbar sein, mit wem politische Entscheidungsträger:innen gesprochen haben und welche Interessen in politische Prozesse eingebracht wurden. Persönliche Beziehungen und informelle Zugänge sollen dadurch weniger entscheidend werden.

Öffentliche Ausgaben nachvollziehbar machen

Ein weiterer Schwerpunkt ist finanzielle Transparenz. Vorgeschlagen wird ein umfassendes Ausgaben-Transparenzgesetz über Bund, Länder und Gemeinden hinweg. Öffentliche Ausgaben

sollen möglichst bis zur konkreten Verwendung beziehungsweise Einzelrechnung nachvollziehbar sein.

Das betrifft nicht nur Korruptionsprävention. Sichtbare und nachvollziehbare Verwendung öffentlicher Mittel soll auch unbegründetem Misstrauen entgegenwirken und eine informierte politische Auseinandersetzung ermöglichen.

Das Parlament als Informations- und Kontrollinstanz stärken

Informationsfreiheit für Bürger:innen kann parlamentarische Kontrolle nicht ersetzen. Untersuchungsausschüsse benötigen wirksame Aktenvorlage-, Zeug:innen- und Sanktionsmöglichkeiten, damit politische Vorwürfe anhand überprüfbarer Tatsachen untersucht werden können.

Darüber hinaus benötigen Abgeordnete bessere unabhängige Wissensgrundlagen. Vorgeschlagen wird ein stärkerer wissenschaftlicher Dienst beziehungsweise ein entsprechend ausgestatteter Bereich der Parlamentsdirektion, der externe wissenschaftliche Expertise aufbereiten kann. Die dabei erstellten Analysen sollen zugleich öffentlich zugänglich sein.

Auch europäische Gesetzgebung soll früher in die österreichische öffentliche und parlamentarische Diskussion gelangen. EU-Initiativen könnten systematischer und frühzeitig im Nationalrat beziehungsweise im EU-Hauptausschuss behandelt werden, teilweise öffentlich und online übertragen. Damit könnten Parlament, Wissenschaft, Interessenvertretungen, Medien und Öffentlichkeit zu einem Zeitpunkt in die Meinungsbildung einsteigen, an dem Gestaltung noch möglich ist.

Gesetzgebung öffnen und früher diskutieren

Mehrere Beiträge fordern längere Vorläufe und ernsthafte Begutachtungsverfahren. Stakeholder sollen früh und pluralistisch einbezogen werden, Stellungnahmen sollen nicht nur gesammelt, sondern ausgewertet und beantwortet werden.

Genannt werden Grün- und Weißbuchverfahren, öffentliche Konsultationen, zugänglichere Ausschussberatungen, Veröffentlichung von Stellungnahmen und Prüfungen sowie systematische Evaluierung von Gesetzen.

Die grundlegende Idee ist, politische Meinungsbildung nicht erst dann öffentlich zu machen, wenn sich Regierungsparteien intern bereits endgültig geeinigt haben. Frühzeitige Transparenz erweitert die Möglichkeit sachlicher Mitwirkung und kann die Qualität wie auch die Akzeptanz von Entscheidungen verbessern.

Politik verständlich machen

Formale Veröffentlichung allein schafft noch keine informierte Öffentlichkeit. Politische und rechtliche Informationen müssen so aufbereitet sein, dass sie auch außerhalb professioneller Politik-, Verwaltungs- und Fachkreise verstanden werden können.

Der Parlamentsdirektion wird deshalb eine stärkere Rolle bei der verständlichen und mediengerechten Erklärung laufender Gesetzgebungsverfahren, Verordnungen und

Beteiligungsmöglichkeiten zugeschrieben. Leichte Sprache und Barrierefreiheit sollen dabei systematisch berücksichtigt werden.

Öffentliche Kommunikation aus der Plattformlogik lösen

Auch der Ort politischer Kommunikation wird als Teil des Problems verstanden. Wenn staatliche und politische Kommunikation fast ausschließlich auf Plattformen stattfindet, deren Geschäftsmodell Aufmerksamkeit maximiert, werden Empörung, Zuspitzung und Polarisierung strukturell begünstigt.

Öffentliche Institutionen sollen deshalb stärker eigene beziehungsweise offen zugängliche und rechenschaftspflichtige digitale Infrastruktur nutzen. Offenes Web und dezentrale Systeme werden als Möglichkeiten genannt. Kommerzielle Plattformen können zusätzliche Verbreitungswege bleiben, sollen aber nicht den gesamten Zugang zu offizieller politischer Information kontrollieren.

Lokalität und Subsidiarität stärken

Politische Information soll außerdem näher an der Lebenswelt der Bürger:innen ansetzen. Stärkere lokale und regionale journalistische Strukturen können politische Entscheidungen auf jener Ebene sichtbar machen, auf der Menschen ihre konkreten Auswirkungen erleben.

Damit werden lokale Informationsräume zugleich zu Orten demokratischer Beteiligung und Kontrolle.

Journalistische Konfliktlogik überprüfen

Schließlich verweisen die Beiträge auf eine Wechselwirkung zwischen politischer und medialer Kommunikation. Wenn nur Streit, Versagen, persönliche Konfrontation und Skandal Aufmerksamkeit erhalten, werden gerade jene politischen Verhaltensweisen belohnt, die solche Bilder erzeugen.

Vorgeschlagen wird deshalb, neben notwendiger investigativer Kontrolle stärker sichtbar zu machen, **wie politische Lösungen tatsächlich entstehen**: Ausschussarbeit, sachliche Differenzen, Verhandlungsschritte, Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg und gelungene Kompromisse.

Das bedeutet ausdrücklich nicht, kritischen Journalismus abzuschwächen oder Konflikte zu verschweigen. Es geht darum, politische Wirklichkeit nicht auf Skandal und personalisierten Streit zu reduzieren. Vertiefende Gesprächsführung, nachvollziehbare Erklärung und konstruktive journalistische Formate sollen gegenüber bloßer Zuspitzung an Bedeutung gewinnen.

Der Kern der Antwort auf Frage 4. nach Transparenz lautet:

Politik wird kontrollierbarer, wenn Entscheidungsgrundlagen, Einflussnahme, Verfahren und öffentliche Ausgaben sichtbar werden; verständlicher, wenn diese Informationen aktiv erklärt werden; und vertrauenswürdiger, wenn Parlament, Journalismus, Wissenschaft und Bürger:innen tatsächlich die Möglichkeit haben, Entscheidungen frühzeitig und anhand überprüfbarer Informationen zu beurteilen. Transparenz ist dabei kein Selbstzweck. Sie soll demokratische Kontrolle ermöglichen.

Stresstest Informationsintegrität: Wo ist die liberale Demokratie verwundbar?

Der Stresstest betrachtet neun Handlungsfelder unter einer einzigen Frage: **Was geschieht, wenn die dort vorgesehenen Sicherungen versagen, politisch vereinnahmt werden oder gar gezielt gegen ihre demokratische Funktion eingesetzt werden?**

Aus den Beiträgen ergibt sich ein klares Muster: Informationsintegrität ist nicht nur durch Desinformation gefährdet. Die wesentlich stärkeren Risiken entstehen dort, wo **Kontrolle über Informationsquellen, Finanzierung, Sichtbarkeit, Zugang zu staatlichen Informationen oder die Kontrollierenden selbst** erlangt werden kann.

Besonders kritisch sind daher jene Felder, in denen politische oder wirtschaftliche Macht beeinflussen kann, **welche Informationen entstehen, welche sichtbar werden und wer Macht noch kontrollieren kann.**

Die folgende Bewertung ist eine qualitative Verdichtung der in den Beiträgen beschriebenen Risiken, keine darüber hinausgehende Prognose.

Handlungsfeld

1. Unabhängiger öffentlich-rechtlicher Rundfunk

2. Unabhängiger und pluralistischer Journalismus

3. Staatliche Einflussnahme auf Medien

4. Plattformen und digitale Informationsordnung

5. KI, synthetische Inhalte und Authentizität

6. Schutz von Journalist:innen und Rechtsdurchsetzung

7. Medien- und Informationskompetenz

8. Transparenter Staat und politische Kontrolle

9. Digitale Souveränität

Zentrales demokratisches Risiko

Politische Vereinnahmung einer zentralen Informationsinfrastruktur

Verlust unabhängiger öffentlicher Kontrolle und Medienpluralität

Finanzielle Steuerung von Berichterstattung und Medienlandschaft

Private Kontrolle über Sichtbarkeit, Reichweite und öffentliche Debatte

Verlust der Unterscheidbarkeit authentischer und manipulierter Information

Einschüchterung und Ausschaltung der öffentlichen Kontrollfunktion

Gesellschaft und Entscheidungsträger werden manipulationsanfälliger

Macht wird für Parlament, Medien, Justiz und Bürger:innen weniger kontrollierbar

Abhängigkeit demokratischer Öffentlichkeit von wenigen privaten Infrastrukturen

1. Unabhängiger öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Stressfrage

Kann eine politische Mehrheit auf Führung, Aufsicht, Finanzierung oder digitale Reichweite des ORF so einwirken, dass dessen unabhängige Kontroll- und Informationsfunktion geschwächt wird?

Die im Dossier zitierten wissenschaftlichen Arbeiten und die Diskussionsbeiträge identifizieren mehrere unmittelbare Angriffspunkte. Der wichtigste ist die **Besetzung der Aufsichtsgremien**. Wenn Regierung oder Regierungsparteien wesentlichen Einfluss darauf haben, wer jene Gremien besetzt, die Personal-, Struktur- und Programmfragen entscheiden, bleibt die Unabhängigkeit des ORF strukturell verwundbar. Besonders problematisch wäre eine Situation, in der formal korrekte Bestellungsverfahren dazu genutzt werden, loyale Personen in entscheidende Funktionen zu bringen.

Der zweite Hebel ist die **Finanzierung**. Eine Finanzierung, deren Höhe, Verwendung oder zusätzliche Mittel kurzfristig politisch verändert oder an programmatische Bedingungen geknüpft werden können, schafft ein Druckmittel gegenüber dem ORF. Die Beiträge beschreiben ausdrücklich die Gefahr, dass finanzielle Entscheidungen genutzt werden können, um operative oder programmatische Zugeständnisse zu erreichen.

Ein dritter Angriffspunkt liegt in der **digitalen Handlungsfähigkeit**. Wird der öffentlich-rechtliche Informationsauftrag durch starre Mengen-, Format- oder Depublikationsregeln im digitalen Raum eingeschränkt, kann ein wachsender Teil der Öffentlichkeit nicht mehr ausreichend mit öffentlich-rechtlichen Informationsangeboten erreicht werden. Der frei werdende Raum wird nach Beurteilung der Teilnehmer:innen nicht zwangsläufig von österreichischen Qualitätsmedien übernommen, sondern vielfach von kommerziellen internationalen Plattformen.

Demokratische Konsequenz: Aus einem unabhängigen öffentlichen Medium könnte schrittweise eine politisch oder finanziell abhängige Institution werden. Damit würden Medienpluralität und öffentliche Kontrolle geschwächt. Das vom Presseclub Concordia veröffentlichte und hier eingebrachte Papier verbindet die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ausdrücklich mit Art. 10 EMRK und der verfassungsgesetzlich geschützten Rundfunkfreiheit (https://concordia.at/wp-content/uploads/2026/06/Positionspapier-ORF-16_11_2023_26update.pdf).

Stresstest-Ergebnis: sehr hohe Verwundbarkeit. Die Beiträge sehen hier ein direktes Einfallstor für politische Machtkonzentration, wenn Governance und Finanzierung nicht strukturell abgesichert sind.

2. Unabhängiger und pluralistischer Journalismus

Stressfrage

Blieben genügend wirtschaftlich und redaktionell unabhängige Medien bestehen, die politische und wirtschaftliche Macht kontrollieren können?

Die Beiträge behandeln unabhängigen Journalismus ausdrücklich als **Kontrollinfrastruktur**. Seine demokratische Bedeutung liegt nicht nur darin, Informationen zu verbreiten. Investigativer und professioneller Journalismus kann Missstände, Korruption, Datenmissbrauch, problematische Plattformpraktiken und politische Einflussnahme sichtbar machen.

Der Stresspunkt liegt in seiner wirtschaftlichen Verwundbarkeit. Wenn Qualitätsmedien wirtschaftlich geschwächt werden, Redaktionen schrumpfen und Einnahmen zu Plattformen abwandern, sinkt die Fähigkeit zur aufwendigen Recherche und Kontrolle. Problematisch wird dies besonders, wenn jene Medien wirtschaftlich stärker werden, die von Skandalisierung, politischer Nähe oder transaktionalen Beziehungen profitieren.

Auch eine **falsch konstruierte Medienförderung** kann selbst Teil des Problems werden. Werden Mittel nach Reichweite, Gattung oder politischem Ermessen verteilt, können jene Angebote strukturell bevorzugt werden, die weniger zur unabhängigen öffentlichen Kontrolle beitragen. Umgekehrt könnte auch eine angeblich qualitätsorientierte Förderung problematisch werden, wenn die Instanz, die „Qualität“ beurteilt, politisch kontrolliert wird. Genau deshalb betonen die Diskussionsbeiträge Unabhängigkeit, transparente Bestellung, überprüfbare Kriterien und begründete Entscheidungen einer Förderkommission.

Demokratische Konsequenz: Pluralismus kann formal bestehen, während die reale Fähigkeit unabhängiger Medien zur Machtkontrolle abnimmt. Bürger:innen erhalten dann weniger unterschiedliche, überprüfbare Informationsgrundlagen. Parlament, Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit verlieren zugleich eine wichtige externe Kontrollinstanz.

Stresstest-Ergebnis: sehr hohe Verwundbarkeit. Wirtschaftliche Schwächung, Förderung und strukturelle Abhängigkeiten können die Kontrollfunktion des Journalismus schrittweise aushöhlen, ohne dass Pressefreiheit formal aufgehoben werden müsste.

3. Staatliche Einflussnahme auf Medien

Stressfrage

Kann die öffentliche Hand Medien finanziell belohnen oder benachteiligen und dadurch indirekt Einfluss auf Berichterstattung nehmen?

Dieses Feld gehört nach den Beiträgen zu den deutlichsten Schwachstellen.

Regierungsinserate können als **informelle oder indirekte Medienförderung** wirken. Werden erhebliche öffentliche Mittel nach Ermessen von Ministerien oder anderen öffentlichen Stellen vergeben, entsteht ein Abhängigkeitsverhältnis: Medien wissen, dass kritische oder freundliche Berichterstattung wirtschaftliche Konsequenzen haben könnte.

Die Online-Diskussion formuliert dieses Risiko besonders deutlich: Staatliche Werbegelder können zu einem informellen Machtinstrument der Exekutive werden und redaktionelle Unabhängigkeit schwächen. Ebenso problematisch ist eine privilegierte Behandlung bestimmter Medien beim Zugang zu Regierungsreisen oder Informationen.

Der Stressfall besteht daher nicht erst in einem ausdrücklichen Befehl an eine Redaktion. Schon die Erwartung möglicher wirtschaftlicher Konsequenzen kann Verhalten verändern.

Demokratische Konsequenz: Aus dem Verhältnis zwischen Kontrollierenden und Kontrollierten kann ein transaktionales Verhältnis werden. Medien, die Regierungen kontrollieren sollen, werden gleichzeitig finanziell von ihren Entscheidungen abhängig. Damit kann die öffentliche Rechenschaftspflicht der Exekutive geschwächt werden.

Stresstest-Ergebnis: sehr hohe Verwundbarkeit. Dieser Bereich bietet einen besonders wirksamen informellen Einflusshebel, weil keine formelle Zensur erforderlich ist.

4. Plattformen, Algorithmen und digitale Informationsordnung

Stressfrage

Wer entscheidet im digitalen Informationsraum darüber, welche Informationen sichtbar werden, welche Reichweite erhalten und welche nahezu verschwinden?

Die Beiträge beschreiben eine erhebliche Machtkonzentration bei großen Plattformen. Ihre Gatekeeper-Funktion betrifft nicht nur Distribution. Empfehlungsalgorithmen strukturieren Aufmerksamkeit und damit zunehmend auch politische Öffentlichkeit.

Das Problem entsteht dadurch, dass aufmerksamkeitsbasierte Geschäftsmodelle systematisch Inhalte begünstigen können, die besonders stark emotionalisieren und binden. Zugespitzte, extreme oder irreführende Inhalte können dadurch gegenüber sachlicher und differenzierter Information strukturelle Vorteile erhalten.

Gleichzeitig sind die Mechanismen, nach denen Inhalte empfohlen, depriorisiert oder verbreitet werden, für Nutzer:innen und teilweise auch für Aufsicht und Forschung schwer nachvollziehbar.

Ein zweites Risiko besteht in **unzureichender Rechtsdurchsetzung**. Die Beiträge verweisen darauf, dass Betroffene Schwierigkeiten haben können, Nutzerdaten zu erhalten, rechtswidrige Inhalte entfernen zu lassen oder Rechte gegen große Plattformen effektiv durchzusetzen.

Demokratische Konsequenz: Die Regeln politischer Sichtbarkeit werden zunehmend von privaten technischen Systemen geprägt. Dadurch kann sich der Informationsraum auch ohne staatliche Eingriffe so verändern, dass Polarisierung, Manipulation und Desinformation Vorteile erhalten. Gleichzeitig sinkt die Fähigkeit demokratischer Institutionen und Bürger:innen, diese Prozesse zu verstehen und zu kontrollieren.

Stresstest-Ergebnis: sehr hohe strukturelle Verwundbarkeit.

5. KI, synthetische Inhalte und Authentizität

Stressfrage

Können Bürger:innen und Entscheidungsträger:innen noch erkennen, ob politische Informationen authentisch sind, woher sie stammen und auf welchen Quellen sie beruhen?

Die Beiträge sehen durch generative KI eine neue Qualität des Problems. Deepfakes, synthetische Stimmen und andere künstlich erzeugte oder veränderte Inhalte erschweren die Unterscheidung zwischen authentischer und manipulierter Information.

Das Risiko beschränkt sich nicht auf einzelne Fälschungen. Wenn Herkunft und Quellen nicht mehr nachvollziehbar sind, wird die **Überprüfbarkeit von Information selbst** geschwächt.

Deshalb werden Kennzeichnungspflichten, Herkunftssignale und bei generativer KI auch Quellenreferenzierung und Quellenpluralität hervorgehoben. Die Beiträge sehen außerdem Klärungsbedarf bei der institutionellen Durchsetzung solcher Regeln.

Demokratische Konsequenz: Täuschung kann leichter skaliert werden. Gleichzeitig kann allgemeine Unsicherheit darüber entstehen, ob Bilder, Stimmen oder Aussagen überhaupt authentisch sind.

Damit wird die gemeinsame überprüfbare Informationsgrundlage demokratischer Diskussion geschwächt.

Stresstest-Ergebnis: hohe und wachsende Verwundbarkeit. Die Dokumente beschreiben das Problem klar, entwickeln aber noch weniger ausgereifte institutionelle Antworten als in klassischen Bereichen der Medienpolitik.

6. Schutz von Journalist:innen und Rechtsdurchsetzung

Stressfrage

Können Journalist:innen auch dann recherchieren und veröffentlichen, wenn mächtige politische oder wirtschaftliche Akteure das verhindern wollen?

Dieses Feld ist besonders kritisch, weil hier die Kontrollierenden unmittelbar unter Druck gesetzt werden können.

Die Beiträge nennen **SLAPP-Klagen, sonstige juristische Einschüchterung, verbale Angriffe, Online-Kampagnen und körperliche Angriffe**. Entscheidend ist der mögliche *Chilling Effect*: Journalist:innen verzichten aus Angst vor hohen Kosten, jahrelangen Verfahren oder persönlichen Konsequenzen auf Recherchen oder Veröffentlichungen.

Auch die permanente Delegitimierung journalistischer Institutionen wird als systemisches Risiko beschrieben. Begriffe, die Medien pauschal als „Lügenpresse“, „Mainstream-Medien“ oder „Staatsfunk“ diskreditieren, können Vertrauen in unabhängige Berichterstattung schwächen und Menschen in parteinahe oder propagandistische Informationsräume lenken.

Hier betrifft Informationsintegrität unmittelbar die **Presse- und Medienfreiheit sowie den effektiven Zugang zum Recht**. Formelle Freiheit reicht nicht, wenn ihre praktische Ausübung durch Einschüchterung oder prohibitive Kosten verhindert werden kann.

Demokratische Konsequenz: Die Kontrollfunktion kann selektiv ausgeschaltet werden. Gerade mächtige Akteure könnten dann am ehesten der Kontrolle entgehen.

Stresstest-Ergebnis: sehr hohe Verwundbarkeit. Dieses Feld ist ein direkter Schutzwall für die öffentliche Kontrolle.

7. Medien-, Informations- und Nachrichtenkompetenz

Stressfrage

Sind Bürger:innen und Entscheidungsträger:innen in der Lage, journalistische Information, politische Kommunikation, Werbung, Propaganda und Manipulation voneinander zu unterscheiden?

Hier handelt es sich weniger um ein unmittelbares Machtinstrument als um eine zentrale **Resilienzreserve**.

Die Beiträge warnen ausdrücklich davor, Medienkompetenz auf technische Bedienkompetenz oder punktuelle Fake-News-Projekte zu reduzieren. Erforderlich sind Quellenbewertung, Verständnis journalistischer Verfahren, Kenntnis von Plattformalgorithmen und KI sowie die Fähigkeit, unterschiedliche Informationsformen einzuordnen.

Besonders relevant ist, dass diese Kompetenz nicht nur Bürger:innen betrifft. Auch Politiker:innen, Justiz, Verwaltung und Wirtschaft können Fehlentscheidungen treffen oder Manipulationen schlechter erkennen, wenn sie Funktionsweise und Risiken des digitalen Informationsraums nicht verstehen.

Ein zusätzliches Problem besteht in der heutigen Projektstruktur: Wenn Medienkompetenz von kurzfristigen Förderungen und wechselnden politischen Prioritäten abhängt, fehlt eine dauerhafte institutionelle Resilienz.

Demokratische Konsequenz: Manipulation muss keine Kontrolle über Institutionen erlangen, wenn Menschen ihre Wirkungsweise nicht erkennen können. Desinformation kann außerdem nicht nur falsche Überzeugungen erzeugen, sondern verwirren, ermüden und politisch paralysieren.

Stresstest-Ergebnis: hohe Verwundbarkeit, vor allem als Verstärker anderer Risiken.

8. Transparenter Staat und nachvollziehbare Politik

Stressfrage

Können Parlament, Medien, Wissenschaft, Justiz und Bürger:innen nachvollziehen, auf welcher Grundlage politische Entscheidungen getroffen werden, wer Einfluss genommen hat und wie öffentliche Mittel verwendet werden?

Dieses Handlungsfeld ist für den Rechtsstaat und die demokratische Machtkontrolle besonders zentral.

Die Beiträge identifizieren mehrere mögliche Informationsbarrieren: nicht veröffentlichte Studien und Gutachten, schwer zugängliche Entscheidungsgrundlagen, weitreichende Ausnahmen beim Informationszugang, fehlende Sanktionen bei Untätigkeit, intransparente Lobbykontakte sowie nicht ausreichend nachvollziehbare öffentliche Ausgaben.

Der entscheidende Stresspunkt lautet: **Ein Recht auf Information kann formal bestehen und praktisch trotzdem weitgehend wirkungslos sein.** Wenn Ausnahmen weit ausgelegt werden, Verfahren lange dauern oder keine wirksame Beschwerde- und Durchsetzungsinstanz vorhanden ist, bleiben relevante Informationen der Kontrolle entzogen.

Ebenso wichtig ist die parlamentarische Dimension. Informationsfreiheit der Bürger:innen ersetzt nicht die institutionelle Kontrolle der Exekutive. Untersuchungsausschüsse und Parlamentarier:innen benötigen durchsetzbare Informations-, Akten- und Kontrollrechte sowie unabhängige fachliche Grundlagen.

Eine weitere Barriere ist **Unverständlichkeit**. Wenn gesetzgeberische Informationen zwar veröffentlicht werden, aber für große Teile der Bevölkerung kaum verständlich sind, bleibt politische Macht faktisch schwer zugänglich. Die Beiträge verbinden deshalb Transparenz mit verständlicher und barrierefreier Aufbereitung politischer Verfahren.

Demokratische Konsequenz: Machtmissbrauch, informelle Einflussnahme, Korruption oder sachlich unbegründete Entscheidungen können schwerer erkannt und sanktioniert werden. Gleichzeitig wächst Raum für Misstrauen und Desinformation.

Stresstest-Ergebnis: sehr hohe Verwundbarkeit. Informationszugang ist eine Voraussetzung dafür, dass die übrigen demokratischen Kontrollmechanismen überhaupt funktionieren können.

9. Digitale Souveränität und europäische Informationsinfrastruktur

Stressfrage

Wie abhängig ist die demokratische Öffentlichkeit von technologischen Infrastrukturen, die weder österreichische noch europäische Medien oder demokratische Institutionen kontrollieren?

Die Beiträge erweitern den Begriff der Medienunabhängigkeit erheblich. Abhängigkeit entsteht nicht nur durch Finanzierung oder Eigentum, sondern auch durch technologische Infrastruktur.

Genannt werden Abhängigkeiten bei **Distribution, Cloud-Diensten, Bezahlssystemen, Werbetechnologie, Analytik, Publikumsgewinnung und KI**. Wenn wenige Plattform- und Technologiekonzerne diese Infrastruktur kontrollieren, können sie mittelbar auch Sichtbarkeit, wirtschaftliche Tragfähigkeit und Reichweite von Journalismus beeinflussen.

Das Problem wird besonders dort sichtbar, wo öffentlich-rechtliche oder staatliche Institutionen ihre Kommunikation fast vollständig über kommerzielle Plattformen organisieren. Deren Algorithmen bestimmen dann einen wesentlichen Teil der Bedingungen, unter denen Bürger:innen politische Information erhalten.

Demokratische Konsequenz: Ein wesentlicher Teil der öffentlichen Informationsinfrastruktur liegt außerhalb demokratischer Kontrolle und öffentlicher Rechenschaft. Gleichzeitig können österreichische und europäische Medien wirtschaftlich und technologisch von Unternehmen abhängig werden, die sie journalistisch eigentlich kontrollieren sollen.

Stresstest-Ergebnis: hohe, vor allem langfristige strukturelle Verwundbarkeit.

Die gefährlichste Kombination: Wenn mehrere Sicherungen gleichzeitig versagen

Der wichtigste Befund des Stresstests liegt nicht in einem einzelnen Handlungsfeld. **Die größte Gefahr entsteht durch die Kombination mehrerer Schwächen.**

Ein besonders problematisches Muster ergibt sich, wenn gleichzeitig

- der ORF politisch oder finanziell leichter beeinflussbar wird,
- unabhängiger Journalismus wirtschaftlich geschwächt wird,
- staatliche Werbe- und Fördermittel Abhängigkeiten erzeugen,
- Journalist:innen durch Klagen oder Angriffe eingeschüchtert werden,
- öffentliche Entscheidungsgrundlagen schwer zugänglich bleiben,
- und Bürger:innen ihre politische Information zunehmend über Plattformen beziehen, deren Empfehlungslogik nicht transparent und deren Infrastruktur nicht demokratisch kontrollierbar ist.

Dann verändert sich nicht nur die Qualität einzelner Nachrichten. **Die gesamte Fähigkeit einer Gesellschaft, Macht zu beobachten und zu kontrollieren, nimmt ab.** Genau darin liegt die zentrale Verbindung zwischen Informationsintegrität und resilienter liberaler Demokratie, die sich durch die Beiträge zieht.

Was der Stresstest für Demokratie, Rechtsstaat und Rechte zeigt

Die neun Felder lassen sich nach ihrer Funktion noch einmal auf drei Schutzebenen verdichten.

Die erste Schutzebene ist die Unabhängigkeit der Informationsproduzenten. Dazu gehören ORF, privater Journalismus, Medienförderung, Regierungswerbung und der Schutz von Journalist:innen. Wird diese Ebene erfasst, geschwächt oder eingeschüchtert, verliert die Demokratie ihre unabhängigen Beobachter.

Die zweite Schutzebene ist die Kontrollierbarkeit von Staat und politischer Macht. Dazu gehören Informationsfreiheit, parlamentarische Informationsrechte, Lobby- und Ausgabentransparenz sowie verständliche politische Information. Wird diese Ebene geschwächt, können Medien, Parlament, Wissenschaft, Justiz und Bürger:innen Macht schlechter kontrollieren.

Die dritte Schutzebene ist die Integrität des Informationsraums. Dazu gehören Plattformen, Algorithmen, KI, Medienkompetenz und digitale Souveränität. Wird diese Ebene geschwächt, können verlässliche Informationen vorhanden sein und trotzdem nicht mehr ausreichend sichtbar, unterscheidbar oder erreichbar sein.

Damit ergibt sich aus den Beiträgen eine zentrale Schlussfolgerung für den Stresstest:

Informationsintegrität bricht nicht erst zusammen, wenn Informationen zensiert oder systematisch gefälscht werden. Sie kann bereits verloren gehen, wenn unabhängige Information wirtschaftlich geschwächt, ihre Produzent:innen eingeschüchtert, staatliche Informationen zurückgehalten, öffentliche Medien politisch beeinflusst und die Sichtbarkeit von Information undurchsichtigen Plattformmechanismen überlassen wird.

Die entscheidende Resilienzfrage lautet daher nicht nur: „**Haben wir Pressefreiheit?**“ Sie lautet umfassender: **Können unabhängige Akteure relevante Informationen beschaffen, überprüfen, veröffentlichen und verbreiten; können Bürger:innen sie erreichen und einordnen; und können Staat, Politik und wirtschaftliche Macht auf dieser Grundlage tatsächlich kontrolliert werden?**

Nach den Beiträgen ist dies der eigentliche Prüfmaßstab für Informationsintegrität in einer resilienten liberalen Demokratie.

Zielkorridor und Leitplanken für eine resiliente Informationsinfrastruktur

Die folgenden Zielsetzungen und Leitplanken sind aus den Beiträgen abgeleitet.

1. Zielrichtung

Aus den Beiträgen lässt sich als übergeordneter Zielkorridor formulieren:

Österreich soll eine Informationsinfrastruktur gewährleisten, in der Bürger:innen, Journalist:innen, Parlamentarier:innen, Justiz, Wissenschaft und Verwaltung Zugang zu unabhängigen, pluralen, nachvollziehbaren und überprüfbaren Informationen haben und politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Macht wirksam kontrollieren können.

Der Staat soll dabei **nicht bestimmen, was wahr ist**. Seine Aufgabe besteht darin, die Bedingungen zu sichern, unter denen Informationen frei erzeugt, überprüft, miteinander verglichen, kritisiert und korrigiert werden können. Dazu gehören unabhängiger Journalismus, ein staatsferner öffentlich-rechtlicher Rundfunk, transparente Politik, zugängliche staatliche Informationen, pluralistische Medien, überprüfbare professionelle Standards, Schutz vor Einschüchterung, kontrollierbare Plattform- und KI-Systeme sowie ausreichende Informations- und Medienkompetenz.

Informationsintegrität ist damit nicht auf die Bekämpfung falscher Meldungen zu reduzieren. Sie betrifft die **gesamte Informationskette**: Wer Informationen erzeugt, wer sie finanziert, wer über ihre Sichtbarkeit entscheidet, ob ihre Herkunft nachvollziehbar ist, ob die Produzent:innen unabhängig arbeiten können, ob der Staat seine Entscheidungsgrundlagen offenlegt und ob Bürger:innen Informationen erreichen, verstehen und beurteilen können.

Das Ziel ist eine Informationsordnung, in der weder Regierung noch Parteien, einzelne Medienunternehmen, Werbegeber, Plattformkonzerne oder andere mächtige Akteure eine beherrschende Stellung über die öffentliche Information erlangen können. Pluralismus, dezentrale Kontrolle und voneinander unabhängige Informationsquellen sind deshalb selbst Elemente demokratischer Resilienz.

2. Politische Leitplanken

Aus den Beiträgen lassen sich zehn übergreifende Leitplanken ableiten.

Erstens: Keine staatliche Wahrheitspolitik. Der Staat soll nicht über legitime Meinungen entscheiden. Regulierung muss sich auf faire Informationsbedingungen, Transparenz, Rechtsdurchsetzung, institutionelle Unabhängigkeit und Schutz vor nachweisbaren Manipulationsmechanismen konzentrieren.

Zweitens: Unabhängigkeit muss strukturell und nicht nur deklaratorisch gesichert werden. Wo öffentliche Finanzierung, Ernennungen, Förderungen oder Zugänge politische Einflussmöglichkeiten schaffen, müssen Verfahren so gestaltet werden, dass Abhängigkeit möglichst erschwert wird.

Drittens: Öffentliche Mittel müssen nach objektiven, transparenten und überprüfbaren Kriterien vergeben werden. Sie dürfen weder politische Nähe noch redaktionelles Wohlergehen belohnen. Ihr Zweck soll die Stärkung von Unabhängigkeit, journalistischer Qualität, Pluralismus und demokratisch relevanten Informationsleistungen sein.

Viertens: Öffentliche Kontrolle braucht Zugang zu Information. Entscheidungsgrundlagen, politische Einflussnahme und öffentliche Ausgaben müssen grundsätzlich nachvollziehbar sein. Informationsrechte benötigen praktische Durchsetzungsmöglichkeiten.

Fünftens: Journalistische Freiheit muss rechtlich, wirtschaftlich und institutionell abgesichert werden. Formale Pressefreiheit reicht nicht, wenn Journalist:innen durch wirtschaftliche Abhängigkeit, strategische Klagen, Angriffe oder mangelnden Informationszugang an ihrer Kontrollfunktion gehindert werden.

Sechstens: Pluralismus muss sowohl publizistisch als auch infrastrukturell geschützt werden. Die demokratische Öffentlichkeit darf nicht von einem einzelnen Medium, einer Regierung oder wenigen digitalen Plattformen abhängig werden.

Siebtens: Plattform- und KI-Regulierung soll Manipulationsstrukturen transparent und kontrollierbar machen. Herkunft, Empfehlungsmechanismen, Kennzeichnungen und wirtschaftliche Anreize müssen stärker nachvollziehbar werden. Gleichzeitig dürfen Gegenmaßnahmen die offene demokratische Debatte nicht ersetzen.

Achtens: Bürger:innen müssen selbst urteilsfähig bleiben. Medien-, Nachrichten- und Informationskompetenz sind nicht als Einzelprojekte, sondern als langfristige demokratische Infrastruktur zu behandeln. Das gilt auch für politische, rechtliche und wirtschaftliche Entscheidungsträger:innen.

Neuntens: Staatliche Information muss nicht nur veröffentlicht, sondern auch leicht auffindbar und zugänglich und verständlich sein. Maschinenlesbarkeit, Barrierefreiheit, verständliche Sprache und aktive Erklärung politischer Prozesse sind Teil der Informationsintegrität.

Zehntens: Die technologische Grundlage demokratischer Öffentlichkeit darf nicht vollständig von wenigen kommerziellen und außereuropäischen Unternehmen abhängen. Offenheit, Interoperabilität, europäische Infrastruktur, eigene öffentliche Angebote und diversifizierte Abhängigkeiten sollen die strukturelle Resilienz erhöhen.

3. Der übergreifende politische Maßstab

Aus den Beiträgen ergibt sich schließlich ein einfacher Prüfmaßstab für jede zukünftige Maßnahme:

Erhöht oder vermindert sie die Fähigkeit von Bürger:innen, Journalist:innen, Parlament, Justiz und Wissenschaft, unabhängig Informationen zu erhalten, Behauptungen zu überprüfen und Macht zu kontrollieren?

Eine Maßnahme liegt innerhalb des Zielkorridors, wenn sie

- Informationsquellen pluraler und unabhängiger macht,
- politischen und wirtschaftlichen Durchgriff erschwert,
- relevante Informationen zugänglicher und verständlicher macht,
- Herkunft und Verbreitungsmechanismen transparenter macht,
- Kontrollierende schützt,
- Bürger:innen zu eigenständiger Urteilsbildung befähigt und
- Abhängigkeiten von einzelnen Machtzentren reduziert.

Problematisch wäre dagegen eine Politik, die unter dem Vorwand der Informationsintegrität **staatliche Kontrolle über Wahrheit und Meinung aufbaut**, journalistische Abhängigkeiten verstärkt, Informationszugang einschränkt, Medien nach politischer Nähe finanziert oder die öffentliche Informationsinfrastruktur weiter auf wenige unkontrollierbare Akteure konzentriert.

Der Zielzustand ist deshalb nicht ein zentral gesteuerter „richtiger“ Informationsraum. Es ist ein **robustes, pluralistisches und kontrollierbares Informationsökosystem mit mehreren voneinander unabhängigen Sicherungen**. Gerade diese Redundanz – unabhängige Medien, öffentlich-rechtliche Information, transparente staatliche Daten, parlamentarische Kontrolle, kompetente Bürger:innen, überprüfbare Plattformen und alternative digitale Infrastruktur – macht die Informationsordnung und damit die liberale Demokratie resilient.